



Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundesrat hatte heute wieder eine umfangreiche Tagesordnung. Unter anderem ging es um die kürzlich verabschiedeten Maßnahmen zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege. Die Länderkammer hat darüber hinaus auch die Gesetze zur Stärkung der Digitalisierung im Bauleitplanverfahren, zur Entsendung von Kraftfahrerinnen und Kraftfahrern und Anpassungen des Allgemeinen Eisenbahngesetzes abschließend beraten. Zuvor allerdings nahmen viele Mitglieder des Bundesrates am offiziellen Festakt anlässlich des 70. Jahrestages des Aufstandes vom 17. Juni 1953 im Deutschen Bundestag teil.

Einhellig hat sich der Bundesrat heute zudem für die Einführung eines nationalen Demokratie-Gedenktages ausgesprochen. Den zugrundeliegenden Entschließungsantrag hatte Hessen in den Bundesrat eingebracht. Anlass für die Initiative war der 175. Jahrestag des Zusammentritts der ersten deutschen Nationalversammlung am 18. Mai 1848 in der Frankfurter Paulskirche. Und hier schließt sich der Kreis zum heutigen Gedenken an den 17. Juni 1953. Der Demokratie-Gedenktag soll allen mutigen Menschen gewidmet sein, die sich im Laufe unserer wechselvollen Geschichte für die Demokratie und für Bürgerrechte eingesetzt haben. Dies gilt auch für die Arbeiter, die am 17. Juni 1953 in der ehemaligen DDR auf die Straße gingen, um gegen einen autoritäreren sozialistischen Staat aufzubegehren. Sie haben ihre Freiheit und ihr Leben für eine bessere Zukunft riskiert. Mit dem heutigen Beschluss ehrt der Bundesrat deshalb auch jene, die sich in Berlin und über 700 anderen Orten in der ehemaligen DDR mutig gegen russische Panzer und das große Polizeiaufgebot eines Unrechtsstaates gestellt haben.

Ausführlicher berichten wir für Sie in unserem aktuellen Newsletter.

Ihre

Lucia Puttrich

Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und
Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund

BUNDESRAT - Plenarsitzung am 16. Juni 2023



© Bundesrat | Sascha Radke

Entschließung des Bundesrates

Hessen schlägt „Gedenktag zur Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland“ vor

Der Bundesrat hat heute einstimmig für einen Entschließungsantrag gestimmt, der einen neuen nationalen Gedenktag vorschlägt. Anlässlich des Jubiläums "175 Jahre Paulskirche" hat Hessen diese Initiative in den Bundesrat eingebracht. Ziel des Antrags ist es, an die „Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland“ zu erinnern. Vor 175 Jahren, am 18. Mai 1848, versammelten sich in der Frankfurter Paulskirche erstmals die Abgeordneten eines frei gewählten und gesamtdeutschen Parlamentes mit dem Ziel, auf demokratischem und gewaltlosem Wege eine freiheitliche Verfassung zu erarbeiten und einen liberalen Nationalstaat zu errichten.

In der Entschließung heißt es zudem, dass die Bundesregierung gebeten wird, im Einvernehmen mit den Ländern eine unabhängige Historikerkommission einzusetzen und diese mit der Prüfung eines geeigneten Datums zu beauftragen.

Hessens Ministerpräsident Boris Rhein würdigte am Rande des heutigen Bundesrates die Errungenschaften der Nationalversammlung und bezeichnete sie als Geburtsstunde der Demokratie in Deutschland.

>>> [zum Video](#)



© Bundesrat | Sascha Radke

EU-Vorlage

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Gigabit-Netzen für die elektronische Kommunikation und zur Aufhebung der Richtlinie 2014/61/EU (Gigabit-Infrastrukturverordnung)

Der Bundesrat hat heute zu dem Vorschlag der EU-Kommission zur Gigabit-Infrastrukturverordnung vom Februar 2023 eine Stellungnahme gefasst. Die Hessische Digitalministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus äußerte sich darüber hinaus im Bundesratsplenum zu dem Verordnungsvorschlag. Sie betonte, dass viele der mit diesem zum Ausdruck gebrachten Ziele begrüßt würden, wie beispielsweise die Kostenreduzierung, die Beschleunigung des Netzausbaus sowie eine höhere Effizienz beim Netzausbau. Dennoch sei der Entwurf in der jetzigen Fassung

verbesserungsbedürftig. Sinemus zählte auf, dass die von der Kommission vorgeschlagenen Umsetzungsfristen zu kurz seien. Darüber hinaus müssten digitale Infrastrukturen deutlicher geschützt werden, unter anderem vor klimawandelbedingten Extremwetterlagen ebenso wie vor gezielten Angriffen auf Knotenpunkte der physischen Infrastrukturen. Daher werde die Bundesregierung aufgefordert, sich bei den Verhandlungen im Rat dafür einzusetzen.

>>> [zum Video](#)



© Bundesrat | Sascha Radke

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Klimaschutzes beim Immissionsschutz, zur Beschleunigung immissionsschutzrechtlicher Genehmigungsverfahren und zur Umsetzung von EU-Recht

Die Länder haben heute zum Gesetzentwurf der Bundesregierung eine Stellungnahme verabschiedet.

Für die Hessische Landesregierung äußerte sich Umweltministerin Priska Hinz zu diesem Tagesordnungspunkt und betonte, dass die vorgesehenen Änderungen zur Vereinfachung und Verkürzung der Genehmigungsverfahren grundsätzlich positiv seien, so wie die neuen Regelungen zum Repowering und zur Beschleunigung von Gerichtsverfahren gegen Windenergieanlagen. Damit werde ein wichtiger Beitrag zum dringend notwendigen Ausbau der Erneuerbaren Energien geleistet, erklärte die Ministerin. Jedoch dürften zwei Dinge nicht aus dem Blick geraten, warb Priska Hinz, und das seien das Personal und der Artenschutz. Damit die Regelungen zur Beschleunigung ihr Potential entfalten könnten, brauche es die Unterstützung des Bundes bei der personellen Ausstattung der Genehmigungsbehörden. Auch die Erstellung und Umsetzung der nationalen Artenhilfsprogramme sollten entschieden vorangetrieben und die Länder mit bundeseinheitlichen Vollzugshinweisen unterstützt werden, so die Ministerin.

>>> [zum Video](#)



© Bundesrat | Sascha Radke

Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages

Gesetz zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege (Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz - PUEG)

Der Bundesrat ließ heute das Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz passieren. In einer begleitenden Entschließung begrüßt der Bundesrat die geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Pflege zwar grundsätzlich. Dennoch werden die Schritte als noch nicht ausreichend erachtet, um die Pflegeversicherung zukunftsfest zu machen. Daher fordern die Länder die Bundesregierung auf, weitere Maßnahmen unter Einbeziehung der Länder vorzulegen.

Prinzipiell enthält das Gesetz verschiedene, kleinere Maßnahmen im Bereich der Pflege: Unter anderem wird der allgemeine Beitragssatz zum 1. Juli um 0,35 Prozentpunkte auf 3,4 Prozent angehoben, um das für 2024 prognostizierte Defizit von etwa 6 bis 7 Mrd. Euro auszugleichen. Im Zuge der Umsetzung eines BVerfG-Urteils steigt der Beitragszuschlag für Kinderlose zum 1. Juli 2023 von derzeit 0,35 auf 0,6 Beitragssatzpunkte.

>>> [mehr unter Bundesrat.de](#)

Die Hessische Landesvertretung - ein Treffpunkt in Berlin

175 Jahre Deutsche Marinen

Staatsministerin Lucia Puttrich begrüßt Gäste zum Festakt in der HLV Berlin

14. Juni 2023



© Bundeswehr | Marcus Mohr

Am 18. Mai im Jahr 1848 zogen nicht nur erstmals die Abgeordneten des ersten gewählten Parlamentes in die Frankfurter Paulskirche ein. Sie gründeten auch die erste Reichs-Marine.

Zu Ehren dieses 175-jährigen Bestehens der Deutschen Marinen hatte daher der Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Jan Christian Kaack gemeinsam mit dem Deutschen Maritimen Institut und dem Deutschen Marinebund e. V. zu einem Festakt eingeladen.

Für staunende Gesichter sorgte ein Bundeswehr-Helikopter, der eigens für die Veranstaltung einflog, und der von tiefem Motorengeräusch begleitet, sich elegant durch die Häuserschluchten schlängelnd



© Bundeswehr | Marcus Mohr

schließlich auf dem Gelände der Landesvertretung landete.

7. Juni 2023

Staatsministerin Lucia Puttrich zu Gast bei Botschafter Armando Varricchio



© Hessische Landesvertretung Berlin

Der Botschafter der Republik Italien hat sich im Juni mit der Hessischen Europaministerin seiner Residenz in Berlin zu einem Gesprächsaustausch getroffen. Das wichtigste Thema des Gesprächs waren die Situation in der Emilia-Romagna nach der Hochwasserkatastrophe vom Mai sowie Möglichkeiten der Hilfeleistung durch das Partnerland Hessen. Frau Ministerin Puttrich äußerte ihre Dankbarkeit für die wichtige und enge Partnerschaft Hessens mit der Emilia-Romagna und erkundigte sich bei Botschafter Varricchio nach der aktuellen Situation in der den betroffenen Regionen. Botschafter Varricchio erläuterte, dass die akute Notstandssituation gemeistert sei und an der Beseitigung der Folgen der Naturkatastrophe gearbeitet werde.

TERMINVORSCHAU

Plenarsitzung des Bundesrates

Der Bundesrat wird am 7. Juli 2023 erneut zusammentreten.

Plenarwoche des Deutschen Bundestags

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags findet vom 19. bis 23. Juni statt.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Bildnachweise Banner ©Henning Schacht (1., 2., 3., 4. v.l.), ©T. Koch (2.v.r.)

Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin